

Kommunal- programm

AfD Kreisverband Görlitz 2019

afdgoerlitz.de



Präambel

Die gesellschaftliche Entwicklung im Landkreis Görlitz, in Sachsen wie überhaupt in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist von den Ereignissen des Jahres 2015 und der darauf folgend über unsere Heimat hereingebrochenen Migrationswelle geprägt. Bedeutende Teile unserer einheimischen Bevölkerung sind seither zutiefst verunsichert über die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Die AfD erkennt deshalb eine historische Verantwortung für den Fortbestand unseres Volkes, unserer freiheitlich-demokratischen und an christlich abendländischen Werten orientierten Gesellschaft.

Heute muss mit zunehmender Besorgnis beobachtet werden, wie staatliche Institutionen an ihre Leistungsgrenzen stoßen, weil sie die ihr von der Gesellschaft gestellten Aufgaben kaum mehr bewältigen können. Egal ob es überforderte Gerichte sind, ob Lehrer ausgebrannt ihren Dienst unterbrechen, ob Landarztpraxen geschlossen werden oder Polizisten nach Verstärkung rufen, oder ob Landkreisstrukturen zu bloßen Missstands Verwaltern wurden, denen jegliche Gestaltungsspielräume genommen sind.

Gleichzeitig nehmen die etablierten Führungsebenen unserer Gesellschaft ihre grundlegenden Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Volk nicht mehr wahr oder legen sie vollkommen missverständlich aus. Karitative Organisationen sorgen mehr für Fremde, als für einheimische Hilfesuchende, Berufskammern fördern die Integration ausländischer Billiglohnkräfte mit für heimische Fördergruppen nie gesehenen Mitteln. Ganz zu schweigen von den etablierten Parteien, die sich ganz offensichtlich gar nicht mehr für uns länger hier Lebenden interessieren.

Um diese Entwicklung ungestört weiter betreiben zu können, werden die Bürger mit Hilfe der Medienlandschaft in einer Sicherheit gewogen, die es so schon längst nicht mehr gibt. In nahezu keiner Zeitschrift, Radio- oder TV-Sendung wird hart an der Wahrheit von den vielen Missständen berichtet, die unsere Parlamentarier in ihrem Wirken für den Wähler immer wieder aufdeckten.

Dabei nehmen die vollkommen widersinnigen Entscheidungen immer mehr zu. Je höher man in die Hierarchie unserer sogenannten repräsentative Demokratie schaut, umso schlimmer stellen sich die politischen Entscheidungen dar. Letzte finale Entscheidung ist dabei die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes ohne über ein derart wichtiges Projekt das Volk gehört zu haben!

DAMIT MUSS SCHLUSS SEIN!

Unsere Handlungsgrundsätze auf Kreistageebene und in den Kommunen

In der Kommunalwahl 2014 gaben sie unserer Partei das erste Mal Ihr Vertrauen. In diesen Jahren parlamentarischer Arbeit sammelten wir viele wertvolle Erfahrungen für unser kommendes Wirken im Wählerauftrag. Die entscheidendste Erfahrung hierbei war aber, dass sich die Altparteien in ideologieübergreifendem Handeln einer Zusammenarbeit mit der neuen politischen Kraft, der Alternative für Deutschland verweigerten. So wurden regelmäßig sämtliche Anträge der AfD-Fraktionen abgelehnt! Allein jedoch die Tatsache, dass unsere Anträge nicht selten später mit wenigen Abwandlungen von unseren politischen Gegnern als Beschlussvorlage erneut beantragt wurden, zeigt die Wirkkraft unserer Anwesenheit in den Parlamenten unseres Landes. Mit Ihrer Stimme wird ab 2019 niemand mehr an der AfD vorbei regieren können! Wir sind fest entschlossen, im Dialog mit Ihnen, unseren Wählern die anstehenden Probleme und Entscheidungen offen diskutieren und sie so von Vernunft getragenen Lösungen in unserer politischen Arbeit als Beschlussvorlagen in den Gremien und Parlamenten einzubringen.

Mit Ihnen zeigen wir wie echte Demokratie geht!

Der AfD Kreisverband Görlitz beschloss sein Kommunalprogramm, mit dem Ziel der kontinuierlichen Umsetzung auf allen politischen Ebenen durch alle Entscheidungsträger auf Kreis-, Landes- und Bundesebene.

1. Die AfD setzt sich für den Ausbau der Hochschule Zittau/Görlitz zu einer Technischen Europa-Universität ein.

Wissen ist für die westlichen Industrieländer im 21. Jahrhundert der „Rohstoff“ schlechthin. Die Globalisierung sorgt dafür, dass in arme Länder manuelle Tätigkeiten verlegt werden und wohlhabende sich nur dann an der Spitze halten können, wenn sie auf wissens- und kapitalintensive Produktionen bauen.

Die bisherigen Fakultäten der Hochschule Zittau/Görlitz bilden dies bereits ab. Technik, Naturwissenschaften gepaart mit kultureller und ökonomischer Kompetenz sind heute überall gefragt. Im nationalen und sächsischen Maßstab haftet unserer Hochschule dennoch das Image eines Mauerblümchens an. Davon müssen wir weg. Das ehrgeizige Ziel muss lauten: Lasst uns eine Technische Europa-Universität gründen! Nötig dafür ist es die Anzahl der Studenten von knapp über 3.000 auf mindestens 10.000 zu erhöhen. Diese und das dafür ebenso benötigte Lehrpersonal sollten wir mit den günstigen Mieten in unserer Region sowie der Möglichkeit der europäischen Vernetzung mit Tschechien und Polen anlocken.

Außerdem sollten wir punkten mit der Vorhaltung interdisziplinärer Praktika in regionalen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, einem attraktiven Klima für Gründer (Startups), einer Nebenjobbörse, der Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer, einer schnellen Verkehrsanbindung, die noch zu schaffen ist, sowie den kulturellen Vorzügen unserer vielfältigen Heimat.

Die AfD sieht die Überakademisierung in Deutschland mit Sorge, weil dies zulasten des Mittelstandes und kleiner Handwerker geht. Unser Ansatz lautet: Lieber mehrere kleine Universitäten eröffnen, statt Massenuniversitäten wie in Leipzig mit 30.000 Studenten.

2. Das touristische Potential der Lausitz und Niederschlesiens ist noch längst nicht ausgeschöpft. – Mehr Mut zu Kooperation!

Konkurrenzdenken innerhalb der Region führt zudem in die Irre. Wir brauchen kluge Kooperationen, damit sich Touristen die ganze Lausitz anschauen. Und auch mehr Mut zu Großveranstaltungen.

Derzeit kommen Touristen durchschnittlich für ein verlängertes Wochenende in den Landkreis Görlitz. Dabei bieten das Zittauer Gebirge, die Görlitzer Altstadt, Bad Muskau und andere Orte genug für einen ausgedehnten und gerade für Familien auch bezahlbaren Kurz- oder Erholungsurlaub. Hinzu kommt, dass mit dem nahen Riesen- und Isergebirge auch weitere interessante Feriengebiete schnell erreichbar sind. Die gesamte Tourismus- und Kulturbranche wird profitieren, wenn sich unsere Gäste alle Vorzüge der Lausitz und Niederschlesiens anschauen wollen.

Ergänzt werden sollte dieses auf gemeindeübergreifender Kooperation beruhende Tourismuskonzept durch Großereignisse. Wir werden es zwar nicht schaffen, Olympia nach Görlitz zu holen, aber wir könnten z.B. eine Randsportartenolympiade ausrichten. Außerdem fehlt in Deutschland ein Kulturfestival, auf dem sich alle Regionen mit ihren Bräuchen und Traditionen vorstellen. Warum machen wir so etwas nicht in unserem Landkreis? Der Berzdorfer See bietet ebenso ideale Bedingungen für verschiedenste Großereignisse in idyllischer Umgebung. Nutzen wir das!

Viele Gemeinden haben bekannte Sehenswürdigkeiten, aber es gibt auch viele Gemeinden, deren kulturelle Schätze noch weniger bekannt sind. Dieser Reichtum soll als „Wert-Schätze“ gemeinsam einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Nötig ist dafür eine Tourismusmarketinggesellschaft, die ihr Handwerk versteht. Viele KöcheverderbendagegendenBrei. Deshalb: Ein Konzept, ein Vermarktungsunternehmen und ein gemeinsames Ziel!

3. Infrastruktur angebotsorientiert ausbauen!

Alle Vorhaben zur Stärkung unserer Wirtschaft, unserer Bildungseinrichtungen, des Tourismus und der generellen Attraktivität unserer Region können nur gelingen, wenn der Landkreis Görlitz endlich als vollwertiger Teil Deutschlands anerkannt wird und verkehrstechnisch dementsprechend angebunden wird. Bisher haben wir ein Erreichbarkeitsdefizit.

In Berlin scheint man zu glauben, dass die Ostsachsen das hinterwäldlerischste Völkchen auf Erden sind und deshalb keine gescheite Verkehrsanbindung benötigen. Diese Vernachlässigung unserer Region muss ein Ende haben, weil Görlitz das Tor nach Osteuropa ist und auch in der Mitte zwischen Nord und Süd liegt. Diese europäische Zentrums Lage kann sich jedoch nur auf unseren Wohlstand niederschlagen, wenn die Verkehrswege es erlauben. Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine ICE-Verlängerung Dresden-Görlitz-Breslau.
- Die Elektrifizierung der Bahntrasse Zittau-Cottbus.
- Die Einrichtung eines Terminals für LKW-Verladung auf die Schiene. Damit wollen wir Görlitz dauerhaft an den Güterfernverkehr anschließen und als Standort für Logistikunternehmen attraktiv halten.
- Die Entlastung der A4 vom stetig wachsenden Schwerlastverkehr. Dies wird die Fahrqualität für Pendler und Reisende erhöhen.
- Damit Bahnverbindungen auch für den Güterfernverkehr attraktiver werden, ist das Bahnnetz auszubauen. Sachsen soll über das „Sachsen Y“ sinnvoll mit seinen Nachbarbundesländern verbunden werden. Das Schienennetz ist so auszubauen, dass der Güterverkehr ohne Wartezeiten fahren kann, um deutlich höhere Transportgeschwindigkeiten zu erreichen.
- Die Fertigstellung der B 178n bis Weißenberg.
- Die B 115 ist zwischen Görlitz und Brandenburg auf 2+1 -Regelung auszubauen.
- Die B 156 ist im Bereich des Landkreises Görlitz ebenfalls auf 2+1 zu planen.
-

Generell fordern wir eine Entlastung der Straße und einen Bedeutungsgewinn der Schiene: Die strukturelle Bevorteilung des LKW-Verkehrs gegenüber der Schiene durch zu geringe Anteile an den verursachten Kosten an der Infrastruktur ist zu beenden. Dazu sind die Nutzungsentgelte pro Bahnkilometer zu senken, oder die LKW-Maut vergleichbar flächen- und kostendeckend zu erheben.

4. Öffentlichen Nahverkehr neu gestalten!

Verkehrspolitik darf aber nicht nur an die weiten Wege denken. Schließlich muss es unser Ziel sein, die vielen Pendler aus unserer Region mit Arbeitsplätzen vor Ort zu versorgen. Sesshaftigkeit ist die beste Umweltpolitik. Dazu brauchen wir aber für die kurzen Wege einen viel besseren Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) mit Anbindung an die Schiene.

Fast 20.000 Menschen verlassen unseren Landkreis täglich, um zu ihrer Arbeit zu pendeln. Im Gegenzug gibt es ca. 10.000 Einpendler. Wer eine Verkehrspolitik ohne Sinn und Verstand betreibt, wird sagen, wir wollen einfach, dass alle Menschen so schnell wie möglich an ihr jeweiliges Ziel gelangen. Gibt es dann viele Pendler, die zum Teil jede Woche bis nach Bayern fahren, um ihre Familie ernähren zu können, ist für diese Sorte Verkehrsplaner das einzige Anliegen, die Autobahnen auszubauen. Das ist aber falsch: In Zeiten eines angeblichen Fachkräftemangels ist es völlig absurd, lange Arbeitswege zurückzulegen und damit die Umwelt maßgeblich zu belasten.

Kluge Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik aus einem Guss will deshalb die Menschen in ihrer Heimat halten und setzt schwerpunktmäßig bei den kurzen Wegen an. Das beginnt mit der weiteren Erschließung des ländlichen Raums durch ein attraktives, bedarfsgerechtes Angebot. Die regionale Grundversorgung mit Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und ÖPNV hat daher höchste Priorität. Zudem müssen wir kommunale Straßen, Fahrrad- und Fußwege sanieren und ausbauen.

Aus unserer Sicht ist eine Verdichtung des ÖPNV-Taktes in den Morgen- und Nachmittagsstunden wünschenswert. Mit der Einführung eines Spätbusses („Nachteule“), der das Umland an die Mittelzentren anbindet, wäre auch gewährleistet, dass man am Abend einmal ein Kulturangebot wahrnehmen und sich dabei ein Gläschen Wein gönnen kann. Außerdem setzen wir uns ein für:

- Kostenlose Schülerbeförderung
- Barrierefreie Bahnsteige und Zugang zu den Bahnhöfen
- Aufbau des Landkreises zum „Schaufenster innovative Antriebe“, z.B. Bus mit Brennstoffzelle in Zusammenarbeit mit der Hochschule Zittau/Görlitz und Siemens, mit künstlicher Intelligenz ausgestattete „Taxibusse“, die wissen, welche Route zu welcher Tageszeit am günstigsten ist und die den Bürger dort abholen, wo er es will und per Knopfdruck mitteilt. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber: In einer dünnbesiedelten Region wie unserem Landkreis ist so etwas viel einfacher möglich als in Großstädten. Diesen Vorteil müssen wir nutzen.
- Eine einheitliche, vereinfachte Tarifstruktur, harmonisierte Tarif- und Beförderungsbestimmungen und einen stärkeren landesweiten Vertrieb führen.
- Der ÖPNV braucht eine verlässliche Finanzierungs-, Investitions- und Planungssicherheit, die einen attraktiven ÖPNV ermöglichen. Der Freistaat steht dazu in der Pflicht.

5. Sonderwirtschaftszone Lausitz-Niederschlesien einrichten!

Das Hauptziel unserer Wirtschaftspolitik muss der Erhalt der vorhandenen Industriestrukturen und deren Unterstützung bei der Zukunftssicherung sein. Wo ein Strukturwandel nötig ist, müssen nicht nur Gelder her, sondern in erster Linie ein unternehmerfreundliches Klima, damit die tatkräftigsten Unternehmen nicht länger an bürokratischen Hürden scheitern.

Mehr als eine „Politik der Gießkanne“ haben bisher weder der Landkreis Görlitz, noch der Freistaat Sachsen, die Bundesregierung oder Brüsseler EU-Administration zu bieten. Freilich profitieren von diesen Subventionen einige Unternehmen aus unserer Region, während andere genau dadurch benachteiligt werden, was häufig verschwiegen wird. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Wirtschaftsförderung per Scheckbuch auf ein sinnvolles Maß zurückgefahren wird. Viel sinnvoller ist es, Sondergenehmigungen für den Strukturwandel zu erteilen. Nur wenn wir innovative Menschen vom Bürokratie- und Abgabenwahnsinn befreien,

können sie ihre Potentiale voll entfalten. Dies kann mit einer Sonderwirtschaftszone gelingen: Günstiger Boden, weniger Verwaltung und niedrigere Steuern helfen jedem Unternehmen weiter.

Der Landkreis Görlitz ist zudem durch seine Grenzlage für lokal agierende Unternehmen aufgrund des fehlenden Halbkreises im Einzugsgebiet benachteiligt. Dies führt dazu, dass Ansiedlungen solcher Unternehmen im Landkreis Görlitz weniger gefragt sind als in vergleichbaren Landkreisen mit vollem Radius. Um diesen Nachteil auszugleichen bedarf es Gründungen und Ansiedlungen von Unternehmen, die überregional tätig sind. Die AfD setzt sich dafür ein, durch örtlich begrenzte, günstige steuerliche Rahmenbedingungen und hohe Flexibilität dieses Ziel zu erreichen. Ein Verzicht auf dieses Instrument würde den Landkreis auch gegenüber seinen östlichen Mitbewerbern in weiteren Nachteil bringen, da in Polen genau dieser Weg erfolgreich beschritten worden ist.

6. Vorrang für die heimische Wirtschaft!

Der Mittelstand ist der Motor für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Ihn zu unterstützen bedeutet: Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Verknüpfung mit exzellenter Forschung sowie Fachkräftesicherung und Berufsorientierung bereits in den letzten Jahren der Schule.

Wir wollen die in unserer Region ansässigen Unternehmen erhalten, fördern und konkurrenzfähig für die Zukunft machen. Eine Wirtschaftsförderung darf deshalb nicht nur das Ziel haben, Brücken in den Freistaat Sachsen hineinzubauen (Neuansiedlungen) und in die Welt hinauszubauen (Export). Die Stärkung der Binnenwirtschaft muss ebenfalls auf ihrer Agenda stehen. Von ihr profitieren Handwerker, der Einzelhandel, die Kulturbranche und viele kleine Geschäfte, um die sich die Altparteien noch nie intensiv gekümmert haben. Mit „Stärkung der Binnenwirtschaft“ ist jedoch nicht nur der Verkauf von Produkten gemeint. So sollten z.B. grundsätzlich alle Unternehmen, die geeigneten Bewerbern eine Absage erteilen müssen, diese in ein überbetriebliches Netzwerk in der Region weiterempfehlen. Davon profitieren kann insbesondere der Mittelstand, weil er nicht über die Werbebudgets der Großunternehmen verfügt. Trotzdem entstehen im Mittelstand die meisten Arbeitsplätze.

Im Optimalfall findet dabei eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und der zu schaffenden Technischen Europa-Universität statt. Nur so kann die Transformation zur Industrie 4.0, bei der Maschinen direkt mit Maschinen kommunizieren, erfolgreich gestaltet werden. Angedacht werden sollten etwa Studienprojekte zur Realisierung von automatisierter Fertigung, die Forschung und Praxis verbinden.

7. Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch zeitgemäße Rahmenbedingungen ausbauen!

Firmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, sind durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Die Möglichkeit der Gewährung von Bürgschaften ist zu prüfen.

Der Trend Arbeitsplätze in Billiglohnländer auszulagern besteht nach wie vor. Dem lässt sich in zweierlei Hinsicht entgegenwirken: Deutschland, Sachsen und der Landkreis Görlitz müssen Unternehmen, die bleiben, belohnen, indem anlassbezogen die Entwicklung hochinnovativer Produkte und Grundlagenforschung unterstützt wird. Darüber hinaus muss Deutschland mit moderner Infrastruktur gegenüber anderen Standorten auf der Welt punkten. Leider sind wir jedoch gerade beim Internetausbau ins Hintertreffen geraten. Hier gilt es mächtig aufzuholen. Es müssen zukunftsweisende Datenleitungen (Glasfaserkabel) mit mindestens 1Gbit vorhanden sein und bei der Entwicklung des LTE-Nachfolgers 5G müssen wir führend in der Welt werden und ein lückenloses Mobilfunknetz gewährleisten.

Denn nur unter diesen Umständen bleiben Arbeitsplätze in Deutschland, Sachsen und dem Landkreis Görlitz erhalten. Umso weiter die Automatisierung mittels Künstlicher Intelligenz, Industrie 4.0 etc. voranschreitet, desto weniger fallen Lohnkosten ins Gewicht und desto wichtiger wird Forschung. Wenn wir dies begreifen, kann es uns sogar gelingen, abgewanderte Unternehmen zurückzugewinnen. Diese müssen nur merken, dass sie bei uns mit klugen Köpfen, Forschungsunterstützung und makelloser Infrastruktur versorgt werden.

Außerdem sind wir der Ansicht, dass Tradition verpflichtet: Gerät ein Unternehmen mit über langjähriger Geschichte in unserem Landkreis in Schieflage, so sind wir alle aufgefordert zu helfen, um diese schwierige Situation zu meistern.

8. „Heimat unverwechselbar - Willkommen Zuhause!“

Der Landkreis Görlitz braucht eine attraktive Rückkehrerkampagne. Viele Einwohner haben den Landkreis Görlitz seit der deutschen Einheit meist aus beruflichen Gründen verlassen. Mit den Jahren sind aus den jungen Menschen, nicht nur Mütter und Väter, sondern auch erfahrene Fachkräfte geworden.

Wir wollen alles dafür tun, dass die alte Heimat wieder die neue Heimat wird. Dazu braucht es zentrale Ansprechpartner, die aktiv dabei helfen, all das über die Ferne zu organisieren, was es zu einer Rückkehr in die Heimat brauchen kann: Kita-Platz, Geschäftsübernahmen, Arbeitsplätze, Bauland oder Wohnraum finden.

9. Verwaltung - bürgernah und effizient

Nur mit einer gut strukturierten Verwaltung sind effizientes Wirtschaften, Bürgernähe, Transparenz und mehr lokale Mitbestimmung denkbar.

Die AfD setzt sich für den Ausbau der interkommunalen Kooperation ein. Gemeinsame Dienstleistungszentren für die einzelnen Gemeinden im Landkreis (z. B. Ordnungsamt, Datenschutz, Personalverwaltung) schaffen eine schlanke Struktur. Die Digitalisierung der Verwaltung bietet zudem weitreichende Möglichkeiten. Unser Ziel lautet: Jeder Bürger muss alltägliche Amtsgeschäfte auf einem übersichtlichen, einfachen Portal im Internet erledigen können. Zugleich muss gerade für ältere Bürger die Begegnung vor Ort mit ausreichendem Verwaltungspersonal weiterhin gewährleistet sein, beispielsweise durch mobile Bürgerbüros.

Bei konkreten Planungen in den Gemeinden setzen wir uns für mehr lokale Mitbestimmung und eine bessere Einbindung der Bürger ein, die dazu ermutigt werden müssen, ihre Interessen offen, ehrlich und kompromissbereit zu vertreten. Nur wenn wir auch abweichende Meinungen tolerieren, ist diese gelebte Demokratie möglich.

Wir sind uns bewusst, dass Bürgerbeteiligung für den Staat mit Ausgaben verbunden ist. Diese könnte er aber an anderer Stelle sofort wieder einsparen, etwa durch eine effizientere Ausgabenstruktur, eine zu optimierende Führungskräfteentwicklung, konsequente Fachfortbildungen und bessere Motivation der Mitarbeiter. Denn nur mit motiviertem und gut ausgebildetem Personal werden wir klare Verantwortlichkeiten bekommen, die zu schnelleren Entscheidungen führen, von denen alle Bürger und Unternehmen etwas haben.

Die AfD setzt sich zudem für bezahlbare kommunale Gebühren und Beiträge ein. Bei der Kostenkalkulation für Trink- und Abwasser und der Abfallentsorgung sowie dem Straßenbau ist die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen zu beachten.

Darüber hinaus sind langfristig kommunale Kosteneinsparungen durch kluge Investitionen möglich. Ein Beispiel: Straßenbeleuchtung- Neue Forschungsergebnisse und Entwicklungen zur LED-Technik sind zügig in die Praxis zu überführen. Das erfordert aber auch das Fördermanagement umfassend zu optimieren und bei Zwängen der Sparsamkeit im jeweiligen Haushaltjahr eine jährliche Budgetierung für diese Investitionen zu planen. Durch Einsatz der LED-Technik könnte die Verwaltung die Hälfte ihrer bisherigen Stromkosten sparen und noch dazu ein einheimisches Unternehmen mit der Umsetzung beauftragen. Kurzfristig kostet das. Langfristig lohnt es sich.

10. Bundesbehörden ansiedeln und fortentwickeln

Der Truppenübungsplatz Oberlausitz muß mit einem Ausbildungszentrum mit angegliederter Wehrtechnischen Dienststelle sowie einem Kraftfahrausbildungszentrum weiterentwickelt werden.

Unser Ziel sollte es sein, Investitionen des Bundes und des Landes nicht mehr gleichmäßig, sondern endlich vorrangig für die östlichen Bundesländer und unsere strukturschwache Region zu vergeben. Das betrifft zum Beispiel den Truppenübungsplatz Oberlausitz, der noch nicht einmal über schnelles Internet verfügt. Ein Ausbau des Glasfasernetzes am Standort und den Umlandgemeinden ist daher dringend geboten. Förderprogramme dafür stehen zur Verfügung. WLAN-Empfang sollte an beiden Standorten endlich aufgebaut werden, genau wie das Digitale Funknetz (BOS) über den gesamten Truppenübungsplatz. Nur wenn wir beste IT-Infrastruktur am Standort haben bzw. planen, können wir auch auf weitere Ansiedlungen und Erweiterungen hoffen.

Ebenfalls auf dem Truppenübungsplatz angesiedelt ist der Zoll, der Bundesforst und die Bundespolizei. Auch in diesen Bereichen ist zu prüfen, wie der Standort ausgebaut und besser genutzt werden kann.

11. Für Sicherheit und Ordnung!

Die AfD setzt sich zur Gewährung von Ordnung und Sicherheit in den Gemeinden für durchsetzungsfähige und bürgernahe Polizeibehörden im Kreis ein.

Soziales

Familie

Sport

Bildung

Kultur



12. Platz für Familien!

Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie vor Ort und gesamtgesellschaftlich zu stärken, zählt zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Die AfD setzt sich konsequent für Familien mit Kindern ein, die noch viel mehr entlastet werden könnten und ein familienfreundliches Gesamtklima verdient haben. Überdenken müssen wir deshalb unsere Wohnpolitik, die Qualität in den Kitas und Schulen sowie das äußere Erscheinungsbild der Verwaltung – Stichwort: Bürgernähe.

Bundesweit haben die Kindertagesstätten in Sachsen das schlechteste Betreuungsverhältnis. Es beträgt 6,4 Kinder pro Erzieher in Krippen und 13,1 in Kitas. Verantwortlich dafür sind die Kommunen. Aus diesem Grund haben wir im Landkreis Görlitz alle Chancen, dem sächsischen Negativbeispiel zu trotzen und eine liebevolle, persönliche und vertraute Betreuung von Kindern sicherzustellen. Auch im Landtag gehen unsere Bemühungen in diese Richtung. Unser Ziel: Ein Betreuungsschlüssel von 1:4 (Krippe) bzw. 1:11 (Kita).

Darüber hinaus halten wir eine Verbesserung der Bürgernähe im Landkreis Görlitz für nötig. Die bisherigen Bürgerbüros sollten dazu in Informations- und Beratungszentren umgewandelt werden. Der Landkreis hat dabei die Ressourcen zu bündeln und den zweckgebundenen Einsatz der Mittel zu überwachen.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft das Wohnen: Gegenüber Großstädten kann der Landkreis Görlitz mit günstigem Wohnen punkten und muss dies offensiv anpreisen. Bei der Bereitstellung von Bauland sind nach Möglichkeit jedoch eher Erbpachtverträge anzubieten statt eines Landverkaufs. Familien gewinnen so finanziellen Spielraum für ihre Wohnraumplanung und die Gemeinden sichern sich dauerhafte Einnahmen, die sozialverträglich sind.

In unseren ländlichen Gemeinden muss Platz für verschiedene individuelle Wohnformen sein. So sind z.B. Baugemeinschaften zu unterstützen, weil sie erfahrungsgemäß mit einer hohen

Lebenszufriedenheit im Umfeld einhergehen. Dies verstärkt auch den Wunsch am Wohnort mit seinem Bekanntenkreis zu bleiben und könnte als örtlicher Anker dienen, den unsere Städte und Dörfer benötigen.

13. Arbeit statt Beschäftigungstherapie!

Arbeitslosen und Unterbeschäftigten müssen wir mit Weiterbildungen helfen, die sich am Bedarf orientieren.

Im Landkreis Görlitz ist der Arbeitsmarkt bei weitem nicht so robust wie in anderen Teilen Deutschlands. Trotzdem suchen viele Unternehmen händeringend Arbeitskräfte. In Deutschland gibt es 326 anerkannte Ausbildungsberufe, doch nur die wenigsten werden in unserem Landkreis ausgebildet. Hier ist auch die öffentliche Hand in der Pflicht: Sie hat Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen am Bedarf der Unternehmen in der Region auszurichten.

Gerade die gefragtesten Ausbildungen, wie z.B. Bürokaufmann, sind massiv von der Digitalisierung bedroht. Währenddessen werden andere Berufe von A bis Z dringend gebraucht. Das betrifft den Anlagenmechaniker, geht weiter mit der Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten, dem Gas-Wasser-Installateur, dem Revierjäger, dem Vermessungstechniker bis hin zum Zimmerer und dem Zupfinstrumentenmacher.

14. Medizinische Versorgung sichern!

Die Attraktivität unserer Region hängt maßgeblich von einer guten medizinischen Versorgung ab. Diese befindet sich seit Jahren auf dem absteigenden Ast. Der Landkreis Görlitz muss hier gegensteuern, z.B. mit Telemedizin und Anreizen für rückkehrwillige Ärzte. Um Menschen mit einer Behinderung den Alltag zu vereinfachen, müssen wir zudem darauf achten, dass Rollstuhlfahrer unsere Züge unkompliziert nutzen können. Die ärztliche Versorgung ist im Kreis Görlitz und im Land Sachsen bereits zum jetzigen Zeitpunkt in einem kritischen Zustand. Die Versorgung durch Haus- und Fachärzte wird zunehmend schwieriger. Für dringende Untersuchungen müssen die Patienten lange Wartezeiten und weite Wege in Kauf nehmen, um einen Untersuchungstermin zu bekommen. Teilweise werden Termine erst nach mehreren Monaten Wartezeit realisiert. Zukünftig ist durch die zu erwartende altersbedingte Verrentungswelle der Ärzte von einer noch schwierigeren Situation auszugehen.

Um eine flächendeckende Versorgung der Landbevölkerung zu ermöglichen, sind neue Lösungen angebracht. Durch die Möglichkeiten der Telemedizin kann wohnortnah mittels besonders geschultem Personal eine gewisse Basisabdeckung abgesichert werden. Um dies zu realisieren, müssen in den Gemeinden entsprechende Räumlichkeiten und eine Infrastruktur geschaffen werden.

Die positiven Erfahrungen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung von medizinischem Fachpersonal sollten dabei auch in Sachsen umgesetzt werden. Der Modellversuch in Baden-Württemberg ist zu beobachten und bei einem erfolgreichen Verlauf auf Sachsen zu übertragen. Entsprechende gesetzliche Möglichkeiten sind dabei durch das Land zu schaffen.

Die Übernahme von Arztpraxen muss gefördert werden. In diesem Zusammenhang sind Vernetzungen zwischen der Landesärztekammer, Kommunen und Interessenverbänden von Patienten förderlich.

Weiterhin fordern wir die aktive Unterstützung von Ärzten, die sich in unserer Heimat niederlassen oder in unsere Region zurückkommen möchten. Ebenso sollte der Numerus Clausus für Medizinstudenten, die sich verpflichten, in ihrer Heimatregion arbeiten zu wollen, abgesenkt werden. Wir müssen an unseren Schulen die Ärzte von morgen finden, auch wenn nicht alle ein Abitur von 1,0 schaffen.

15. Gesunde Ernährung für einen gesunden Geist.

Die Versorgung unserer Kinder in den Kitas und Schulen mit kostenlosem Essen aus frischen, regionalen Lebensmitteln ist eine Selbstverständlichkeit. Die AfD will sie durchsetzen.

16. Ideologiefreie Jugendarbeit

Unsere Jugend braucht Platz zum Experimentieren, Lernen, zum Sport und pädagogische Unterstützung bei der Charakterbildung.

Wir müssen dazu das Rad nicht neu erfinden. Vielmehr gilt es vorhandenen Strukturen sinnvoller zu nutzen und der Zielgruppe zugänglich zu machen. Weiterhin gilt es, zweckgebundene Mittel auf Ihre Konformität mit den bewilligten Projekten dauerhaft in ihrer Laufzeit zu überprüfen. Unser Vorschlag hierzu lautet: Vorhandene Infrastruktur und behördliche Strukturen nutzen. Stärkung der Bürgerbüros des Landkreises Görlitz durch Restrukturierung selbiger.

Ziel der Restrukturierung ist es, stationäre (Stadt), wie auch mobile (Land) Beratungszentren zu schaffen. Diese müssen befähigt werden, ihre jetzigen Aufgaben auch wirklich umzusetzen und erweiterte Aufgaben, wie aktive und passive Projektüberwachung sowie wirkliche Zielgruppenberatung durchführen zu können.

Hierfür ist es notwendig den Personalschlüssel deutlich zu erhöhen und finanzielle Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Generelles Ziel soll die „Hilfe zur Selbsthilfe für Jung und Alt im Bereich des öffentlichen Alltages“ sein.

17. Sport frei! – Ehrenamt unterstützen!

Vereine unterstützen, insbesondere im Bereich des Sportes! Die Zivilgesellschaft ist zu stärken. Zugleich müssen wir von ihr aber auch ein zivilisiertes und heimatbewusstes Verhalten erwarten dürfen.

Sport, insbesondere der in Vereinen ausgeübte, ist ein wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens der Gesellschaft. Im Vereinssport werden Beziehungen aufgebaut und Freundschaften geknüpft. Die Freude an der Bewegung wirkt sich auch positiv auf die Gesundheit aus. Wer sich sportlich betätigt, wird seltener krank. Im Kreis Görlitz bestehen vielfältige Möglichkeiten des Leistungs- und Breitensports. Während der Leistungssport mit Wettkämpfen, Punktspielen oder Turnieren verbunden ist, bei denen sportliche Höchstleistungen abgerufen werden müssen, stehen beim Breitensport das gemeinsame Sporttreiben und der Gesundheitsgedanke im Vordergrund.

Die derzeitigen Bedingungen für beide Sportbereiche sind in Görlitz als gut zu bezeichnen. Dies ist jedoch kein Grund, sich auf Lorbeeren auszuruhen. Das Angebot muss mindestens auf dem derzeitigen Niveau gehalten und an die sich ändernden Anforderungen angepasst werden.

Seit mehreren Jahren zeichnet sich ab, dass der Senioren- und Gesundheitssport aus seinem Nischendasein tritt. Mehrere Sportvereine haben entsprechende Abteilungen eröffnet, weil der Bedarf in Görlitz hierfür wächst, nicht zuletzt auch durch den Zuzug von Senioren.

Die von den Sportvereinen genutzten Anlagen und Räumlichkeiten sind bereits vorhandene Begegnungsstätten. Diese gilt es zu erhalten oder weiter zu modernisieren, anstatt mit viel Steuergeld künstlich neue Begegnungsstätten einzurichten, die letztendlich nur Menschen mit einer bestimmten politischen oder religiösen Einstellung offenstehen.

18. Tradition Gestern - Heute - Morgen

Heimatvereine und die Freiwilligen Feuerwehren haben zur Wahrung unserer Traditionen Unterstützung verdient. Die Pflege des heimischen Brauchtums, darunter auch des sorbischen, hat eine höhere Priorität verdient. Die Pflege von erhaltenswerten Denkmälern und Parks ist zudem eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie ist stärker abzusichern.

19. Inklusion mit Herz und Verstand!

Die Inklusion hat sich bei bestimmten gesundheitlichen Beeinträchtigungen in Bezug auf das heutige Lernpensum unserer Kinder nicht bewährt. Während ein Schüler mit Förderbedarf naturgemäß mehr Zeitaufwand für das körperliche und geistige Lernen benötigt, so ist der Schüleranteil ohne Förderbedarf zunehmend unterfordert, was zu Defiziten im Lernverhalten und im sozialen Umgang unter den Schülern führt. Allerdings befürworten wir die Integration von Förderklassen innerhalb der Regelschulen. Zudem fordern wir die Strukturierung eines bedarfsgerechten wohnortnahen Förderschulnetzes im Landkreis Görlitz. Gleichzeitig müssen wir auch an die Begabtenförderung denken. Hier halten wir einen strukturierten Ausbau der „Integrativen Begabtenförderung“ in den fünf Zentren für wünschenswert. Insbesondere betrifft dies Weißwasser.

20. Menschen – Völker - Kulturen: Sprachen verbinden.

Im Dreiländereck sollte man mehrere Sprachen sprechen können. Mehrsprachigkeit ist ab dem Kindesalter zu fördern.

Görlitz liegt im östlichsten Landkreis Sachsens. Im Osten grenzt Polen mit den Woiwodschaften Niederschlesien und Lebus an, im Süden Tschechien mit der Region Liberec. Das Gebiet ist unter dem Namen „Dreiländereck“ bekannt. Solange es an den nötigen Sprachkenntnissen mangelt, ist die Grenzlage für die wirtschaftliche Entwicklung problematisch, weil sich Produkte nur in einem Halbkreis vermarkten lassen.

Die Sprachbarriere muss daher überwunden werden. Nachbarn sollten miteinander sprechen können. Eingedenk der Tatsache, dass jeder zweite Europäer als Muttersprache eine slawische Sprache hat, ist es schon verwunderlich, auf welche Art und Weise in der hiesigen Region die slawischen Sprachen vernachlässigt werden. Polnisch und Tschechisch sollten daher generell überall als zweite Fremdsprache angeboten werden. Die Wirtschaft, insbesondere der Einzelhandel, hat ebenfalls schon reagiert und bietet Mitarbeitern entsprechende Sprachkurse an. Auch in den Berufsschulen wird zumindest Polnisch gelehrt, im Berufsschulzentrum Löbau Tschechisch. Allerdings setzt die Sprachausbildung damit viel zu spät ein. Der Grundstein für eine gute Sprachausbildung wird im Kindesalter gelegt. Das Erlernen einer Fremdsprache ist nach dem zwölften Lebensjahr ungleich schwerer als davor.

Es ist daher sinnvoll, bereits Kindern Fremdsprachen zu lehren. Ideal sind dafür Kindergärten, aber auch Schulen. Obschon Schulbildung Sache des Freistaates ist, sollten Polnisch und Tschechisch in jeder Schule angeboten werden. Dies kann im Rahmen der Ganztagschule geschehen. Stadt und Landkreis haben entsprechende Förderprogramme aufzulegen, um entsprechende Lehrkräfte für ein Ganztagsangebot zu gewinnen. In den sorbischen Gebieten ist selbstverständlich auch Sorbisch anzubieten, auch für die nicht-sorbische Bevölkerung.

Wird das Fremdsprachen-Lernen dann noch verknüpft mit grenzüberschreitenden Besuchen von Kitas und Schulen, entsteht aus der anfänglichen grauen Theorie ein für jeden greifbarer praktischer Sinn und ein gutes nachbarschaftliches Miteinander. Das ist unser Ziel.

21. Jung und Alt - Achtung muss sein!

Eine älter werdende Gesellschaft braucht ein besseres Miteinander, um z.B. die Pflege stemmen zu können.

Der demographische Wandel und der daraus resultierende Anstieg einer älteren Gesellschaft sollte jetzt konsequent angegangen werden. Die vorhandenen Projekte sollten gestärkt und gefördert werden, sowie vorhandene Förderprogramme für Mehrgenerationen-Wohnprojekte klarer definiert werden. Damit könnten Überschneidungen bei sozialer Betreuung und generationsübergreifendem Wohnen gebündelt, sowie eine ökonomischere Verwendung öffentlicher Gelder erreicht werden. Familienangehörige, die selbständig Pflegeaufgaben übernehmen, sind darüber hinaus besser zu unterstützen. Wir müssen wegkommen davon, dass ältere Menschen einfach nur verwaltet werden. Ansatzpunkte für eine liebevollere Pflege bietet zum Beispiel das gemeinnützige Unternehmen „Buurtzorg“ aus den Niederlanden, das darauf setzt, um die pflegebedürftige Person ein Netzwerk aus Familienangehörigen, Nachbarn und Bekannten aufzubauen. Pflege in nachbarschaftlicher Gemeinschaft ist das Ziel. Letztendlich macht sich „Buurtzorg“ damit selbst überflüssig und will sich so schnell wie möglich wieder zurückziehen. Die bisherigen Ergebnisse sprechen eindeutig für den Erfolg des Modells: Buurtzorg braucht 40 Prozent weniger Arbeitsstunden pro Patient, die nur halb so lang der Betreuung bedürfen wie bei der konventionellen Pflege. Es gibt ein Drittel weniger Notaufnahmen in Krankenhäusern, wodurch das Gesundheitswesen bis zu zwei Milliarden Euro einspart – und das, obwohl die Pflege persönlicher, liebevoller und erfolgreicher geworden ist. Von solchen Ansätzen müssen wir uns inspirieren lassen. Dann gibt´s auch keinen Fachkräftemangel mehr in der Pflege, weil das Gesamtsystem optimiert wurde.

22. Rettungs-, Brand- und Katastrophenschutz gewährleisten!

Die Sicherheit der Bürger ist nur durch Verbesserungen beim Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zu gewährleisten.

Für die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sieht die AfD vier wesentliche Herausforderungen: Bessere Vernetzung und Ausrüstung, Qualitätssteigerung bei der Ausbildung sowie eine Entlastung der Gemeinden und Städte von Verwaltungsaufgaben, z.B. durch Sammelausschreibungen und Sammelbeschaffungen für die Feuerwehren. Insgesamt müssen wir zudem das Engagement freiwilliger Helfer im Katastrophenschutz mehr honorieren und einfache Regelungen schaffen für Einsatzzeiten, die mit der beruflichen Tätigkeit kollidieren.

Nur wenn diese vier Punkte Berücksichtigung finden, werden sich mehr Bürger dafür entscheiden, ehrenamtlich oder hauptberuflich an der Sicherheit im Landkreis Görlitz mitzuwirken. Wichtig ist dabei zu beachten, dass beispielsweise die Digitalisierung eine Voraussetzung für neue Ausbildungsangebote wie Webseminare ist. Der Landesfeuerwehrschule in Nardt kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

In der Fläche setzt sich die AfD ferner für die Schaffung und Förderung von gemeindeübergreifenden Stützpunktfeuerwehren ein, um die vorgegebene Hilfsfrist von zwölf Minuten vermehrt wieder mit hauptamtlichen Kräften zu erreichen. Zur Verbesserung der Situation von Feuerwehrangehörigen schwebt uns ebenfalls vor:

- Einführung einer Feuerwehrrente und eines Fonds für Hinterbliebene
- Verbesserung des Versicherungsschutzes, damit keine Einbußen bei einem Unfall entstehen
- Einfaches Onlineverfahren für Unternehmen, um den Verlust durch Einsätze von Mitarbeitern erstattet zu bekommen
- Erhöhte Förderung von Feuerwehren in grenznahen bzw. strukturschwachen Gebieten

Umwelt
Landwirtschaft
Energie
Tierschutz



23. Grün statt Grau – Leben mit dem Land

Vielerorts wächst der Leerstand im Kern von Dörfern und Kleinstädten, während auf der „grünen Wiese“ gebaut wird. Um diese ökologische und städtebauliche Fehlentwicklung zu korrigieren, setzt sich die AfD für Innenentwicklung, Flächenentsiegelung und Baulückenschließungen ein.

Bauliche Eingriffe in die Natur sind soweit wie möglich zu minimieren. Allein deshalb ist eine Restauration alter Gebäude sinnvoller als ein Neubau, der Gemeinden immer mehr auffasern lässt. Dies begünstigende Gesetze, die noch dazu eine schnelle Enteignung landwirtschaftlicher Flächen zulassen, sind wieder aufzuheben. Sollten als letzte Maßnahme Flächen enteignet werden, müssen an den Eigentümer Entschädigungen in Höhe der aktuell in der Region üblichen Preise fließen.

Die AfD setzt sich für den Erhalt der gewachsenen Kulturlandschaft ein. Grund und Boden gehören als reine Spekulationsobjekte verboten.

24. Schutz unserer Wälder

Die AfD befürwortet eine nachhaltige Forstwirtschaft. Aus diesem Grund erachten wir es als falsch, wenn Wälder zugunsten von Windkraftanlagen abgeholzt werden. Die Verspargelung der Landschaft betrachten wir mit großer Sorge.

Wälder bieten für Menschen nicht nur einen heimatlichen Rückzugsort. Sie müssen natürlich auch nachhaltig gesichert und bewirtschaftet werden. Zu einem gesunden Energiemix gehört Holz schließlich dazu. Möglich ist eine nachhaltige Forstwirtschaft allerdings nur, wenn die ausufernde Bürokratie abgebaut wird und somit eine Konzentration auf das Wesentliche erfolgt.

25. Tierheime stärken

Die ehrenamtliche Tätigkeit in den Tierheimen muss mehr unterstützt werden. Tierheime dürfen keinem Wettbewerb zu Lasten der Tiere unterliegen. Die AfD unterschützt Bestrebungen nach einheitlichen Tierunterbringungsstandards.

26. Biologische Vielfalt erhalten und gestalten!

Die AfD hält es für notwendig, Maßnahmen gegen die Ausbreitung invasiver Arten zu erarbeiten. Zugleich sollten wir Patenschaften für Obstbäume, Gehölze etc. an Straßenrändern anbieten, um die Verbundenheit mit der Natur zu stärken. Ebenso gilt es das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass durch immer größere Flächen von landwirtschaftlichen Großunternehmen die Gemüse- und Obstvielfalt gerade in den Neuen Bundesländern, also auch im Landkreis Görlitz, auf der Strecke bleibt. Das Verbot des Handels, Tauschs und der Vermehrung alter Sorten im Saatgutverkehrsgesetz sollte deshalb aufgehoben werden. Zudem ist über die (Wieder-)Einführung von resistenten Sorten nachzudenken. Eine weitere Herausforderung: Wir müssen Alternativen zu den Mais- und Raps-Monokulturen finden und die Felder übergangsweise durch andere Fruchtfolgen auflockern.

27. Tierwohl ist Verbraucherschutz.

Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern, die an die Tierart angepasst sind, und nicht umgekehrt. Nicht-heilende Eingriffe wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen, die ausschließlich dem Preisdruck der Lebensmittelindustrie geschuldet sind, lehnen wir ab.

Wir fordern neben einer beständigen Anpassung der Tierschutzverordnungen an den neuesten Stand die Schaffung eines gesetzlich verbindlichen Kennzeichnungssystems für Haltungskonzepte, die deutlich über das bisherige gesetzliche Mindestmaß hinausgehen. Nur diese geben den Kunden die Möglichkeit, tiergerechtes Engagement der teilnehmenden Landwirtschaftsbetriebe zu honorieren.

Artgerechte Nutztierhaltung umfasst auch den Transport auf kurzen Distanzen zum nächstmöglichen Schlachthof. Nur in tierartgerechter Haltung können sich robuste und gesunde Nutztierbestände entwickeln. Diese tragen durch eine Verminderung des erforderlichen Antibiotika-Einsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.

Auch Bestäuberinsekten z.B. Bienen sind Nützlinge und ein wichtiger Bestandteil zum Erhalt der Biodiversität. Das Engagement der Imker unterstützen und erkennen wir an. Die AfD setzt sich für einen maßvollen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ein.

28. Wir fordern ein Verbot des betäubungslosen Schlachtens.

Das betäubungslose Schlachten von Tieren ist aus tierschutzrechtlicher Sicht nicht mit der Ausübung des Glaubens zu rechtfertigen und strikt abzulehnen. Eine Ausnahmegenehmigung ist nicht zu rechtfertigen und die notwendige Streichung des § 4 Abs. 2 des Tierschutzgesetzes muss vollzogen werden. Die AfD lehnt auch das Schlachten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab, da dabei die Tiere während des Halsschnittes nur kurzzeitig betäubt, jedoch während des Ausblutens wieder bei Bewusstsein sind.

29. Wolfsland? Nicht um jeden Preis!

Der Gesetzgeber sollte Schäden durch neuangesiedelte Wildtiere unbürokratisch und zu 100 Prozent begleichen.

Die Wiederbesiedlung der Reviere mit ehemals ausgestorbenen Wildtieren ist ein gutes Zeichen für eine aktive und gesunde Umwelt. Wenn Wölfe Schafe reißen, Biber Wiesen überfluten und Kormorane Fischteiche leerfischen, kommt es aber zu Interessenkonflikten. Die AfD fordert, dass Schäden durch neuangesiedelte Wildtiere unbürokratisch durch Geldleistungen zu ersetzen sind. Über die Kombination aus aktivem Wildtiermanagement und artenschutzrechtlicher Ausnahmeverordnung (AAV) sollen problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwacht und korrigiert werden. Das Ziel ist die Balance zwischen den Ansprüchen von Wildtieren und den Interessen der Land- und Teichwirte.

Außerdem betont die AfD, dass ein ethischer Umgang mit Wildtieren bei der Jagdausübung selbstverständlich sein muss.

Die AfD setzt sich für eine intensive Kooperation von Jägerschaft, Teichwirten und Landwirten bei der Regulierung der Wildbestände ein.

30. Konventionelle und biologische Landwirtschaft sind gleichermaßen wichtig.

Wir lehnen Pauschalurteile gegenüber Landwirten ab. In erster Linie muss die Politik Landwirten die Möglichkeiten an die Hand geben, um wirtschaftlich überleben zu können. Wer von konventionellen Methoden überzeugt ist, soll sich daran orientieren. Wer hingegen „Bio“-Standards anstrebt, soll sich dafür ebenso entscheiden können. Um landwirtschaftliche Existenzgründer zu unterstützen, hält die AfD eine finanzielle und ideelle Unterstützung zum Erwerb und der Sanierung von Drei- und Vierseitenhöfen für sinnvoll. Denn nur so lässt sich die Vision regenerativer und weitestgehend selbständiger Dörfer verwirklichen.

31. Braunkohle Revierkonzept – umsetzen!

Wir unterstützen den geplanten Ausstieg aus der Braunkohle. Er muss langsam bis an das Jahr 2050 heran bewältigt werden. Die Rekultivierung der Landschaften hat zu erfolgen. Dafür müssen ausreichend Sicherheiten durch die Betreiber vorgelegt werden. Der Ausstieg aus der Braunkohle darf in jedem Fall erst stattfinden, wenn die Netzstabilität gesichert ist und eine Lösung für die Beschäftigten gefunden wurde. Hohe Kosten für wenig Energie aus Wind und Sonne ist auf jeden Fall keine gute Alternative. Wir sprechen uns gegen die finanziell abgesicherte Vorrangspeisung und gegen willkürliche Subventionen aus, die mutige Investitionen verhindern.

WIR STEHEN VOR EINER HISTORISCHEN WAHL!

Die aufgeführten politischen Ziele stellen eine längst nicht vollständige Auflistung der durch die AfD erkannten und zu lösenden Probleme in unserer Heimat dar. Und selbstverständlich werden sich manche davon erledigen und noch einige hinzukommen. Vollkommen überzeugt sind wir als AfD jedoch davon:

Nur mit einer blauen Regierung für Sachsen kann unser Freistaat wieder frei handeln und sich vor den desaströsen Auswirkungen, der nicht am Interesse des Staatsvolkes ausgerichteten Bundespolitik, schützen!

Helfen Sie uns, uns unsere Heimat wieder zurück zu holen und zukunftsfest zu machen!

Wählen Sie die Alternative für Deutschland



Kommunal- programm

AfD Kreisverband Görlitz 2019

Herausgeber:

Alternative für Deutschland
Geschäftsstelle Görlitz

V.i.S.d.P: Tino Chrupalla
Vorstand KV Görlitz

Postanschrift:
Salomonstraße 1
02826 Görlitz

Telefon: 03581 / 68 616 34
E-Mail: vorstand@afdgoerlitz.de

Stand:

20.02.2019

afdgoerlitz.de

